

Bibliotheken

Netzwerkarbeit von Bibliotheken mit Unterstützung des DBV- Landesverbandes ST

Der Landesverband Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband e.V. hat seit 2004 umfangreich Verantwortung für die Unterstützung der Kooperation und Netzwerkarbeit insbesondere der öffentlichen Bibliotheken geleistet. Beispiele dafür sind der Aufbau eines Oleihe-Verbundes, die Zusammenarbeit von öffentlichen Bibliotheken und Schulen, Qualitätsmanagement, Provenienzforschung sowie interkulturelle Bibliotheksarbeit. Damit konnten nachhaltige Entwicklungen initiiert und dauerhaft unterstützt werden. Insbesondere die Einwerbung und Verwaltung von Fördermitteln für die einzelnen Bibliotheken bildet eine wichtige Grundlage für diese Netzwerkarbeit. Ziel ist, wie in anderen Bundesländern, z.B. Brandenburg, Sachsen, Thüringen, bereits realisiert, den Bibliotheksverband institutionell zu fördern. Zurzeit arbeitet der Bibliotheksverband ehrenamtlich und kann auch nicht mit Hilfe der Fachstelle für öffentliche Bibliotheken alle Aufgaben erfüllen, welche öffentliche Bibliotheken im 21. Jahrhundert leisten müssen und können. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass andere Kulturdachverbände eine institutionelle Förderung und darüber hinaus noch Personalkostenzuschüsse für spezielle Einzelprojekte erhalten.

24. Welche Auffassung vertritt Ihre Partei zu diesem Sachverhalt und welche Möglichkeiten bestehen, um hier eine grundlegende strukturelle Veränderung zur langfristigen Sicherung der Arbeit des Bibliotheksverbandes zu erreichen?

CDU

Die Finanzierung neuer institutioneller Strukturen und Einrichtungen kann nur unter Berücksichtigung der Haushaltslage erfolgen. Die CDU wird bei der Haushaltsaufstellung prüfen, inwieweit Förderungen möglich sind.

SPD

Die SPD dankt dem Bibliotheksverband für seine herausragende ehrenamtliche Arbeit insbesondere während der Corona-Pandemie, die den Bürger*innen einen Zugang zu den Bibliotheken ermöglicht hat. Wir stehen einer institutionellen Förderung offen gegenüber und werden dies in den nächsten Haushaltsberatungen thematisieren. Darüberhinausgehende mögliche strukturelle Veränderungen und die personelle Stärkung der Fachstelle sollten mit dem Fachverband diskutiert werden und ggfs. in den Entwurf einer Novelle für das Bibliotheksgesetz einfließen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Wunsch nach einer institutionellen Förderung des DBV Landesverband Sachsen-Anhalt ist sehr verständlich. Dennoch können wir zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Aussage dazu treffen. Wie im Wahlprogramm angekündigt, wollen wir aber eine Evaluierung der institutionell geförderten Institutionen und je nach Ergebnis möglicherweise eine Neuvergabe der Fördermittel erreichen.

DIE LINKE

Im Kulturhaushalt ist derzeit die institutionelle Förderung von elf Verbänden und Vereinen vorgesehen, die zum überwiegenden Teil als Dachverbände für die jeweiligen Kunst- und Kultursparten auftreten. Um Nachhaltigkeit zu garantieren, bleibt für DIE LINKE die institutionelle Förderung von Fachverbänden als strukturelles Mittel der Verstetigung und Entwicklung der Arbeitsfähigkeit einzelner Sparten wichtiger Bestandteil der Kulturförderung durch das Land. DIE LINKE will in der 8. Wahlperiode die institutionelle Förderung auf den Bibliotheksverband ausdehnen.

AfD

Wir sehen die staatliche Förderung eines Bibliotheksverbandes kritisch. Eine solche Förderung kommt nicht den Bibliotheken zugute, sondern einer Verbandsstruktur, die von den Bibliotheken selbst getragen werden sollte. Ein staatlich geförderter Bibliotheksverband bringt immer auch die Gefahr einer übermäßigen staatlichen Einflussnahme mit sich.

Förderung der öffentlichen Bibliotheken - Ausbau elektronischer Dienstleistungen und Digitalisierung

Für die Bereitstellung und Vermittlung von Informationen und Wissen sind elektronische Medien, flächendeckende und zuverlässige Internetanbindung heute unverzichtbar. Bibliotheken müssen in diesen Prozess eingebunden werden, um den uneingeschränkten Zugang und damit eine breite gesellschaftliche Teilhabe an Informationen und Wissen auch künftig zu gewährleisten. Dazu brauchen die Bibliotheksträger die finanzielle und fachliche Unterstützung des Landes. Die öffentlichen Bibliotheken sollten analog der anderen Kultureinrichtungen direkte Personalkostenförderungen des Landes erhalten, um die notwendigen personellen Strukturen in den Bibliotheken erhalten und die zukünftigen Aufgaben erfüllen zu können. Überdies sind insbesondere eine Internetanbindung mit ausreichend leistungsstarkem WLAN, die Modernisierung der Ausstattung von Bibliotheken mit zukunftsfähiger Hard- und Software sowie der Ausbau der virtuellen Angebote und Services. Leseförderung ist als wichtige Aufgabe der Bibliotheken im Bibliotheksgesetz verankert. Diese Kernkompetenz der Bibliotheken muss anerkannt bleiben und im Kontext zu virtuellen Medien und Angeboten der Internetnutzung gesehen werden. Lesen bleibt auch im digitalen Zeitalter die wichtigste Kulturtechnik. Die Bibliotheken können darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Medienkompetenz zum lebenslangen Lernen aller Mitglieder der Gesellschaft leisten.

25. Wie soll die finanzielle Förderung des Landes für öffentliche Bibliotheken inhaltlich ausgestaltet werden und unterstützen Sie eine direkte Förderung der personellen Ressourcen in den Bibliotheken durch das Land?

CDU

Die CDU unterstützt die finanzielle Förderung für öffentliche Bibliotheken unter Berücksichtigung der Haushaltslage. Sie sollte aber mindestens das bestehende Niveau erreichen. Die CDU wird bei der Aufstellung des neuen Haushaltes prüfen, ob eine direkte Förderung der personellen Ressourcen möglich ist.

SPD

(s. Antwort zu Frage 28)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Diese Frage muss in den Verhandlungen zur Novellierung des Bibliotheksgesetzes unter Einbeziehung der Akteure debattiert und geklärt werden. Zum bisherigen Zeitpunkt können wir uns diesbezüglich nicht festlegen.

DIE LINKE

(s. Antwort zu Frage 26)

AfD

Die personellen Ressourcen einer Bibliothek fallen in die Zuständigkeit des Trägers, in der Regel eine Kommune oder eine Universität. Wer die Bibliotheken fördern will, sollte also dafür sorgen, dass die Kommunen und die Universitäten auskömmlich finanziert sind. Dafür will sich die AfD einsetzen.

26. Welche Grundsätze der Entwicklung im Bereich der digitalen Anforderungen werden von Ihrer Partei unterstützt und wie ordnen Sie die Bibliotheken, insbesondere die öffentlichen Bibliotheken, in diesen Prozess ein?

CDU

Die CDU unterstützt die Vorbereitung der öffentlichen Bibliotheken in jeder Hinsicht auf die digitalen Anforderungen der „Neuen Zeit“. Insofern sind die Ausstattung bezüglich der Hardware und der Software auf die Erfordernisse des digitalen Zeitalters auszurichten, um so das kulturelle Erbe bzw. das kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft für die Zukunft nutzbar zu halten.

SPD

(s. Antwort zu Frage 28)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Zugang zu Bildung ist ein Grundrecht der Menschen. Bibliotheken haben dabei eine zentrale Aufgabe. Sie sind ein Ort des Wissens und des Lernens. Mit der Digitalisierung haben sich jedoch die Informationsbeschaffungs- sowie die Lesegewohnheiten vieler Bürger*innen Sachsen-Anhalts verändert. Nicht jede*r möchte weiterhin Nachrichten und Geschichten konsumieren, die auf Papier festgehalten sind. Deswegen engagieren wir uns dafür, dass bis 2025 alle Bibliotheken in Sachsen-Anhalt über das Portal „on-leihe“ E-Books, E-Audios und E-Paper anbieten können.

DIE LINKE

DIE LINKE will öffentliche Bibliotheken langfristig stärken. Dazu haben wir bereits eine Novellierung des Bibliotheksgesetzes in der 7. Wahlperiode vorgelegt, die auf eine grundsätzlich kostenfreie Nutzung des Bücher- und Medienbestandes durch Kinder und Jugendliche und auf eine langfristige Bestands- und Qualitätssicherung, u.a. durch angemessene Personalausstattung, ausreichende Medienetats und geeignete Ausstattung abzielt. Um den aktuellen Anforderungen und Themen gerecht zu werden, bedarf es einer Bündelung der Interessen der öffentlichen Bibliotheken. Die einzelne Bibliothek ist oft nicht in der Lage, besondere Themenfelder zusätzlich zum alltäglichen Betrieb zu bearbeiten. Insbesondere beim Thema Digitalisierung zeigt die Große Anfrage, die wir in der 7. Wahlperiode an die Landesregierung gestellt haben, dass Landesmittel für Digitalisierung zwar seit Jahren bereitstehen, diese aber nicht abfließen. Um dies zu ändern wollen wir die Koordinierung und Beratung für Bibliotheken ausbauen. Eine stete Verminderung der Bibliotheken, weniger Fachpersonal, eine geschrumpfte Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken sowie ein ehrenamtlich besetzter Landesverband bilden keine optimalen Voraussetzungen für die Qualitätsentwicklung der kommunalen Bibliotheken im Land. Es geht um Akzeptanz, Angebot, Zugänglichkeit, Raum und Personal – fünf Kriterien, die die Qualität von Bibliotheksangeboten beschreiben und die DIE LINKE mit der Novellierung des Bibliotheksgesetzes in den Blick nimmt.

AfD

Bibliotheken sollten Orte sein, an denen das Lesen gedruckter Bücher im Mittelpunkt steht. Digitale Medien erfüllen dabei nur Hilfsfunktionen wie etwa bei der Literatur-recherche. Hierbei sollte allerdings nicht nur die Erfassung der Titel eines Bestandes, sondern auch eine Volltexterfassung mit Volltextsuchfunktion angestrebt. Auf diesem Gebiet kann die Digitalisierung wertvolle Dienste leisten.

27. Werden öffentliche Bibliotheken in das Digitalisierungskonzept des Landes aufgenommen und wenn ja in welcher Form?

CDU

Die CDU unterstützt die Einbindung der öffentlichen Bibliotheken in Sachsen-Anhalt in das Digitalkonzept des Landes. Erst die zunehmende Einbindung digitaler Angebote, Lösungen und Infrastrukturen ermöglichen den öffentlichen Bibliotheken ihren gesetzlichen Auftrag gemäß Bibliotheksgesetz LSA im Rahmen der öffentlichen Daseinsfürsorge künftig vollständig nachzukommen. Dazu werden u. a.

- digitale Bibliotheksangebote (Onleihe, Genios, filmfriend, freegal) ständig erweitert,
- digitale Bibliothekskataloge neu eingerichtet bzw. aktualisiert (WebOPACs),
- Bibliothekswebseiten eingerichtet bzw. optimiert,
- Bibliotheksbestände schrittweise digitalisiert und
- Bibliotheksserviceprozesse automatisiert (Einführung von Library-Management-Systemen, Single-Sign-On und Cloud-Lösungen).

SPD

(s. Antwort zu Frage 28)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Digitalisierung macht auch vor Bibliotheken nicht halt. Damit diese dabei nicht zurückfallen, setzen wir uns dafür ein, dass Bibliotheken in Sachsen-Anhalt einen Glasfaseranschluss erhalten. Dies wollen wir durch die Einführung einer landesweiten Breitbandgarantie erreichen. Glasfaseranschlüsse in öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken sollen und können den Ausbau des gesamten Glasfasernetzes anschieben und damit die Digitalisierung Sachsen-Anhalts voranbringen.

DIE LINKE

DIE LINKE will Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Open-Access-Strategie auch im Kulturbereich ein. Wir schaffen Möglichkeiten und Anreize für Kultureinrichtungen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter freie Lizenzen zu stellen. Die Kooperation mit der Deutschen Digitalen Bibliothek wollen wir ausbauen. Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

AfD

Die Frage, in welchem Umfang und wie genau eine Bibliothek die neuen digitalen Möglichkeiten nutzt, sollte die jeweilige Bibliotheksleitung entscheiden. Wir halten in diesem Bereich wenig von landeseinheitlichen Vorgaben.

Literatur- und Informationsversorgung der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken

In den vergangenen Jahren sind die Studierendenzahlen weiter gestiegen, nicht aber die Etats der Bibliotheken. Die über viele Jahre stagnierende Mittelausstattung gefährdet in Verbindung mit permanenten Preiserhöhungen für Bücher, Zeitschriften und elektronische Medien die Informations- und Medienversorgung der Wissenschaft und Forschung. Coronabedingt hat die Rolle der elektronischen Bereitstellung von wissenschaftlichen Inhalten enorm zugenommen. Die Forschungsarbeiten und Lehrinhalte konnten deshalb mit Hilfe der elektronischen Fernleihe gewährleistet werden. Auch in den öffentlichen Bibliotheken war auf Grund der Corona-Pandemie ein erheblicher Anstieg der Nachfrage von elektronischen Medien zu verzeichnen. Die Medienetats der öffentlichen Bibliotheken stagnieren in den letzten Jahren deutlich. Die Förderung des Landes bleibt im Verhältnis zu anderen Kultureinrichtungen wie Museen, Theatern und Musikschulen deutlich zurück, obwohl die Besucherzahlen und die Angebote der öffentlichen Bibliotheken weit über die der anderen Einrichtungen hinausgehen. Eine Erhöhung der Landesförderung für Medien ist daher unumgänglich.

28. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass die finanzielle Ausstattung der Universitäts- und Hochschulbibliotheken sowie der öffentlichen Bibliotheken im Hinblick auf die steigenden Anforderungen der Medien- und Informationsversorgung verbessert wird?

CDU

Dies ist eine Aufgabe, die zunächst durch die genannten Bibliotheken selbst zu organisieren ist. Die CDU wird prüfen, inwieweit zusätzliche finanzielle Mittel im Haushaltsaufstellungsverfahren zur Verfügung gestellt werden können.

SPD

(Antwort zu den Fragen 25 bis 28)

Die öffentlichen Bibliotheken des Landes sind interkulturelle Lernorte, Orte der Kommunikation, des Austauschs, der non-formalen und informellen Bildung und Orte der Teilhabe für alle Bürger*innen. Bibliotheken sind im digitalen Wandel und benötigen dafür eine zeitgemäße Ausstattung, um ihre Aufgaben zu erfüllen, u.a. die Aktualisierung des Bestandes und das Reagieren auf ein verändertes Nutzerverhalten. Wir werden uns in der nächsten Legislatur für verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen einsetzen und ggf. das Bibliotheksgesetz überarbeiten.

Einige Bibliotheken sind bereits Teil der Maßnahmen der Digitalen Agenda des Landes, u.a. bei der Ausstattung der Nutzerarbeitsplätze, der digitalen Volltextsuche in den Katalogen bzw. der Bereitstellung von digitalen Medien, der Weiterbildung des Personals oder in der Digitalisierung von wertvollem Archivgut zur Bewahrung des kulturellen Erbes. In den öffentlichen Bibliotheken gehören online-Angebote mittlerweile zum Standard eines attraktiven Angebots und müssen im Rahmen der allgemeinen Bibliotheksförderung weiter ausgebaut werden. Kommunen als Träger der öffentlichen Bibliotheken sollten stärker auf bereits bestehende Fördermöglichkeiten hingewiesen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Uns ist klar, dass insbesondere die fortschreitende Digitalisierung die Arbeit der Bibliotheken verändert und komplexer macht. Deshalb wollen wir eine Überarbeitung des Bibliotheksgesetzes, um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Im Rahmen der Novellierung des Gesetzes soll die Frage der bedarfsgerechten Finanzierung einen Schwerpunkt bilden.

DIE LINKE

DIE LINKE will auf Grundlage einer Förderrichtlinie für den Auf- und Ausbau von Bibliotheken, und der Aktualisierung des Bestandes und der Ausstattung mit modernen Informationstechnologien, die Landesförderung entsprechend anpassen. Voraussetzung für die Vergabe von Landesmitteln sollen das Vorhalten regelmäßiger Öffnungszeiten, eine angemessene Personalausstattung hinsichtlich Anzahl und fachlicher Qualifikation, geeignete Räumlichkeiten inklusive Mobiliar und IT-Ausstattung und die Erschließung und Veröffentlichung der Medienbestände in Katalogen, die lokal oder über öffentliche Netze zur Verfügung gestellt werden, sein.

AfD

Wir werden namhafte Finanzmittel einsetzen, um den Studenten in deutlich gesteigertem Umfang Zugang zu Datenbanken und urheberrechtlich geschützten Texten zu bieten.

29. Warum unterstützt das Land Sachsen-Anhalt nicht die Neuaufnahme von Verhandlungen zur kostenfreien elektronischen Lieferung von Medien mit der VG Wort?

CDU

Die CDU wird in der 8. Wahlperiode prüfen lassen, inwieweit Neuverhandlungen zur kostenfreien elektronischen Lieferung von Medien mit der VG Wort möglich sind.

SPD

Die Problemstellung ist bisher nicht an uns herangetragen worden. Nach unserer Kenntnis ist es zwischenzeitlich erneut zu einer Einigung der Kultusministerkonferenz mit den Verwertungsgesellschaften bezüglich des Versands elektronischer Fernleihen gekommen. Wir werden uns des Themas annehmen und die weitere Entwicklung begleiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dazu haben wir derzeit keine Erkenntnisse.

DIE LINKE

DIE LINKE sieht in der Unterstützung eine Notwendigkeit. Wir haben keine Antwort auf die Frage, warum die aktuelle Landesregierung dies bisher unterlassen hat.

AfD

Das wissen wir nicht. Wir würde eine solche Neuaufnahme von Verhandlung für sinnvoll halten. Der Zweck der VG Wort, Autorenrechte zu wahren, wird mehr und mehr zum Hemmnis für Studium, Forschung und generell das geistige Leben in unserem Land.